

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1921 Nr. 218

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 214

Bezugspreis: für hiesige und umliegende Bezirke monatlich RM. 7,50, vierteljährlich RM. 22,50, halbjährlich RM. 42,00, jährlich RM. 81,00. Ferner Zentralbezug RM. 7,50, halbjährlich RM. 36,00, jährlich RM. 71,00. Postfachkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Mittwoch, 18. Mai

Anzeigenpreis: Die Spalte 34 mm breit mit 600 Zeilen 0,40. Die Spalte 50 mm breit mit 800 Zeilen 0,60. Abdruck nach Tarif, Erklärungen siehe Seite 2.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlags u. Druck von Otto Zehle, Halle-Saale.

Das Ende des polnischen Aufstandes

Korfanty gibt seine Niederlage zu

W. Döppel, 17. Mai.

(Sonderbeilage.) Der Polnische Exekutivsausschuss, an dessen Spitze Korfanty steht, hat an die Interalliierte Kommission in Opatow ein Telegramm folgenden Inhalts gerichtet:

Oberleitend hat sich 12 Tage lang im Aufstand befunden. Das polnische Volk hat niemals den Anspruch erhoben, durch Gewalt zu triumphieren, aber es hat sein Leben für seine heiligen Rechte hingegen. Der Aufstand gibt zu, daß in der Lebenskraft des Aufstandes die Grenzen der Ruhezeit überschritten worden sind. Aber unsere begeisterten Streitkräfte sind nunmehr bereit, einen Rückzug anzutreten, groß genug, um zu versichern, daß die Feindseligkeiten mit den Deutschen sofort aufhören, vorausgesetzt, daß das Gebiet, das sie räumen, von alliierten Truppen und nicht von deutschen Truppen besetzt wird. Wir werden keinen Zoll Boden an die Deutschen überlassen, aber wir werden ihn der Interalliierten Kommission überlassen. Wir bitten demgemäß, daß die geräumte Zone von den Alliierten besetzt werde, so daß die polnische Bevölkerung nicht unter Vergeltungsmassregeln zu leiden hat, wie sie bereits vorgenommen sind.

Finis Poloniae

Korfanty ist am Ende seiner Weisheit. Trotz des Zorns und der Gewalttaten — aber gerade deshalb — waren die Polen in Oberösterreich am Ende ihrer Kraft, Lebensmittel und alles Nötige begannen ihnen auszugehen. Auch war die „Begeisterung“ für die Sache Polens meist wieder verbräutet. Es dauerte viel zu lange, die Wunden, die Korfanty und seinen Helfershelfern zutrömen, hätten bis zum Anstoß beidseitig dieses einfachen vorgefickt. Trotz des fröhlichen Wunsches blieb den Polen der „Erfolg“ meistens verweigert. Sie rücken sich dafür in „gemeinsamer“ Erde mordeten, raubten, plünderten und fengten und konnten da, wo sie sich festsetzen konnten. Aber der „große Erfolg“ blieb aus. Man hätte eben die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Hier steigt sich wieder einmal, was der deutsche Geist vermag. Trotzdem Deutschland aus tausend Wunden blutend am Boden liegt, fällt der Oberösterreich treu zu seinem Vaterland. Seine französische, seine polnische Schiene konnte ihn davon abbringen. Nein, gerade das hätte das Rückgrat dieses jeden deutschen Menschenknecht. Auch die geradelebende kommunistische Willkür über dem ganzen Deutschland heraus fand keinen Boden. Ist es ein Wunder? Wohl nicht. Denn unsere Brüder in der Obergrenzmark wissen, daß ihnen aus diesen internationalen Wägen kein Heil erhofft, daß sie dadurch zu Elenden allererstigter Art herabfallen. Ist es ein Wunder, daß gerade in unseren Grenzprovinzen das nationale Gefühl „flüchten“ ist? Gerade die Grenzmarken sind der Willkür unserer Feinde am meisten ausgesetzt. Deshalb muß sich der Deutsche um so mehr zusammenfassen. Aber noch mehr bedingt die Erkenntnis diesen nationalen Zusammenstand, daß der Feind nichts Gutes im Schilde führt.

So kam es, daß in Oberösterreich der deutsche Geist nicht unterging, sondern als allen feindseligen Stimmen standhaft. In diesem deutschen Geist zerplatzten die polnisch-französischen Pläne.

Die Kundgebung Korfantys an die interalliierte Kommission ist ein unumwundenes Eingeständnis seiner Niederlage. Trotz des edel politischen Tones, mit dem er — unbekannt wie nur ein Pole — den Rückzug seiner Wunden bezeichnen will, spricht die Enttäuschung aus ihm, daß dieser Rückzug so häufig endete.

Wollte aller Unschicklichkeit Korfanty nur fordern, daß die polnischen Vorkämpfer mit Korfanty an der Spitze von der ganzen Streng des Gesetzes getroffen werden. Erst die Interalliierte Kommission hier wieder nicht ihre Pflicht, denn ist es höchste Zeit, daß sie von dem Platte ihrer unheilvollen Tätigkeit abtritt. Pflicht der Reichsregierung ist es aber, ohne Aufschub in London, Paris und Rom zu fordern, daß die Ständebanden der Polen ihre Schiene finden. Die polnischen Führer müssen so bestraft werden, daß sie ein warnendes Beispiel für etwaige spätere Revolten bilden.

Am übrigen aber muß die Reichsregierung dringend fordern, daß Maßnahmen getroffen werden, die solche Zustände von selbst unterbinden.

Korfanty hat ausserordentlich Journalisten zusammengebracht, daß er unter großer Geldmangel leidet, der die meisten seine Arme vermindert, da ein Teil seiner Geldkraft es doch nicht, zur Arbeit zurückzuführen. Nicht ohne Eindruck auf Korfanty sei auch die Tatsache geblieben, daß nachgebende deutsche Staatliche, die er durch jährliche Verordnungen zu gewinnen suchte, nun eine Abfolge erfahren. Die Aufforderung wurde jetzt immer wieder in beständlicher Weise wiederholt. Aus diesem

maroffhülle und Friedenshülle wird berichtet, daß die Frauen dortiger wohnender Deutsche gezwungen wurden, die Straße zu reinigen und Tische und Bänke für die Korfantigarden zu säubern. Die Wohnungen des Wirtshauses, insbesondere die Weinkeller, wütheten die Jungfrauen.

Das Entwaffnungs-Ultimatum

W. Berlin, 17. Mai.

General Korfanti, Vorsitzender der interalliierten Militärkommission, hat unter dem 12. Mai dem Direktor der Friedensabteilung des Auswärtigen Amtes eine Note gegeben, in der die Auswärtigenbestimmungen zu der Konferenz von Bern am 6. Mai, soweit sie die Entwaffnung betreffen, enthalten sind.

Die Bestimmungen fordern bezüglich des 100 000 Mann-Gees Mittelteil der zur Ausführung der von der Kommission bezeichneten Läden im Wehrgesetz notwendigen Gesehstege und Wüchsig des Zweinlangbringens der Organisation des Gees mit den Bestimmungen des Friedensvertrages bis zum 15. Juni. Wüchsig des Kriegsmaterials wird gefordert, daß die von der Kommission festgesetzten Höchstbeschränkungen vor dem 20. Mai 1921 mit tags 12 Uhr anerkannt werden. Die Ablieferung des auf Grund dieser Höchstbeschränkungen berechneten überschüssigen Materials muß vollständig beendet sein für jede Art von Waffen am 10. Juni, für übriges Kriegsgerät am 30. Juni. Die Ablieferung der Waffen, die von der Bevölkerung herzurufen, muß vor dem 10. Juni vollständig beendet sein. Die nicht genehmigte Ausrüstung der Landbesitzungen muß vor dem 31. Mai vollständig abgeliefert sein. Ferner enthält die Note Bestimmungen über die Auflösung und Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen. Ihre Auflösung muß bis zum 30. Juni bewirkt werden. Die Rufe der von der deutschen Regierung auszuführenden Organisationen muß vor dem 31. Mai der Kommission mitgeteilt sein. Die Entwaffnung muß vor dem 10. Juni vollständig beendet sein. Der Rest an Waffen und Munition muß bis zum 30. Juni abgeliefert sein.

In einem weiteren Abschnitt enthält die Note Bestimmungen über die Polizei, deren Organisation und Stärke mit den Bestimmungen der Noten von Boulogne und Paris in Einklang gebracht werden müssen. Insbesondere besteht die Kommission darauf, der Polizei einen Wüchsig der Polizei einer mobilen militärischen Einheit zu weihen, die Probezeit und die kurzfristige Dienstzeit abzuheben, jeden Personal-austausch zwischen Polizei und Gees zu unterlegen, den Polizeischulen wieder ihren Vorkriegscharakter zu geben, alle Polizeiführerorganisationen abzulösen und schließlich die Gesamtsätze aller Polizeikategorien, der uniformierten und nichtuniformierten, auf die Zahl von 150 000 Mann herabzusetzen. Die hierzu notwendigen Umänderungen müssen vor dem 15. Juni durchgeführt und die entsprechenden Anweisungen der Kommission vor dem 15. Juni mitgeteilt werden. Waffen und Munition jeder Art, die genehmigt sind und sich noch in den Händen der Polizei befinden, müssen vor dem 31. Mai abgeliefert werden. Am 20. Mai mit tags 12 Uhr hat die deutsche Regierung mitgeteilt, daß die Liste der Fabriken, die Kriegsmaterial herstellen dürfen, anerkannt. Der von den Militär- und Marinekontrollkommissionen am 7. April geforderte Gesehstege zur Wirkungskraft sind in den Artikeln 170 und 192 des Friedensvertrages festgesetzten Ein- und Ausfuhrbeschränkungen für Kriegsmaterial. In den Kommissionen ist seitens bis zum 30. Juni mitgeteilt. Die Note stellt ferner ein Entschieden um Sicherstellung der Freiheit der Kontrolle und fordert, daß zu diesem Zweck ergangene Anweisungen der Kommission vor dem 30. Juni mit tags 12 Uhr mitgeteilt sind.

Von der Zwangswirtschaft zum Umlageverfahren

Von Dr. Kaufhold,

Mitglied des preussischen Landtags.

Die Reichsregierung hat nunmehr dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide zur Beschäftigung vorgelegt. Danach sollen im Wirtschaftsjahre 1921/22 im Inlande 3 Millionen Tonnen Getreide im Wege der Umlage aufgebracht werden für den Bedarf an derjenigen Personen, die nicht als Selbstverwalter aus einem Landwirtschaftsbetriebe versorgt werden. Mit dieser Vorlage hat die Reichsregierung endlich Schritt gemacht mit der totalen Erfassung der gesamten Getreidemenge, die schon in den letzten Jahren mehr und mehr zurückgegangen ist und vor dem Zusammenbruch stand.

Wenn nun auch in früheren Jahren — wir erinnern an den bekannten Antrag Dr. Meißner vom Mai 1918 — die Landwirtschaft bereit war, während des Krieges durch ein Umlageverfahren die Verlangung der minderbemittelten Bevölkerung aufzubringen, so ist doch jetzt die Ansicht aller landwirtschaftlichen Sachverständigen und Berufsvertretungen, die sich in letzter Zeit mit dem Umlageverfahren beschäftigt haben, dahin zusammenzufassen, daß sie alle ohne Unterchied der Ansicht sind, daß es Erlaubt für die Zwangswirtschaft nunmehr ein Umlageverfahren auf seinen Fall mehr angenommen werden kann. Schon die deutschen Bauernvereine, die dem Zentrum nahesteht, haben am 25. Februar die Umlageung ausgesprochen, daß grundsätzlich nur die Frage der Getreideverteilung auf einer ausreichenden Förderung der Getreideproduktion beruhen kann. Der Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft, dem alle größeren landwirtschaftlichen Organisationen angehören, und dem der jetzt veröffentlichte Entwurf zur Begutachtung vorlag, hat sich am 27. April dahin entschieden, daß dieser Entwurf nicht einen Übergang zur freien Wirtschaft, sondern eine Verärgerung der Zwangswirtschaft darstellt und für die Landwirtschaft völlig unannehmbar ist. Aus diesem Grunde hat der Reichsausschuss unter der Voraussetzung, daß die internationale Lage die Brotgetreideumfrage ermöglicht, drei Wege für das neue Wirtschaftsjahr vorgeschlagen:

1. die schleunige Beschaffung einer zur Sicherstellung der Brotverorgung und zur Preisregulierung ausreichenden Menge ausländischen Brotgetreides;
2. die Freigabe der inländischen Brotgetreide auf den Beginn des neuen Wirtschaftsjahres;
3. die Regulierung der Brotverorgung und des Brotpreises durch planmäßige Zuteilung von Getreide auf den öffentlichen Markt.

Und in der Tat, wenn man den Entwurf, der jetzt im Reichstag zur Beratung steht, betrachtet, muß man der Ansicht des Reichsausschusses zustimmen, daß das Umlageverfahren in der vorgelegten Form völlig unannehmbar ist. Wenn auch die Umlage durch den Reichstag von den ursprünglich beabsichtigten 3,5 Millionen Tonnen auf 3 Millionen Tonnen herabgesetzt worden ist, und demnach durchschnittlich je Morgen etwa 1 1/2 Zentner abzuliefern sind, so ist doch auch bei dieser Umlage keine Mäßigkeit genommen worden auf den Entschlußfall. Auch die Früsten — ein Viertel der Umlage soll bis zum 15. Oktober 1921, das zweite Viertel bis zum 15. Dezember 1921 und der Rest bis zum 28. Februar 1922 abgeliefert sein — sind viel zu kurz. Durch die Bestimmungen, daß neben dem Brotgetreide auch Gerste oder Hafer — letzterer allerdings nur an drei Fünfteln — auf die Umlage angedreht werden, kommt die Getreideverteilung in Gefahr, auch Handel mit Gerste und Hafer betreiben zu müssen. Ueberhaupt wird noch unserer Ansicht nach eine Verringerung in den Infolken der Umlagegetreidemenge, die im letzten Jahre etwa 85 Millionen Mark betragen haben, eintreten. Im Gegenteil, Verteilungs- und Geschäftsbereitungen bleiben bestehen, ebenso wie die Kontrollen und Revisionen, und das Einkommensverhältnis ist gering. Im Falle der Nichtlieferung soll der Landwirt als Strafe zahlen den Preisunterchied zwischen dem Umlagepreis für Weizen und dem Weltmarktpreis für Weizen zuzüglich ein Viertel des Weltmarktpreises. Nur die Händler von Originalgut und oder anerkanntem Saatgut können sich von ihrer Lieferung durch Zahlung eines Betrages befreien, der dem Unterchied zwischen dem Umlagepreis und dem Weltmarktpreis für freies Getreide zur Zeit des Liefertermins entspricht. Bei nicht rechtzeitiger Lieferung können die kommunalen Behörden die Entwertung vornehmen. Für das entnommene Getreide wird nur die Hälfte des Umlagepreises bezahlt. Alle diese Bestimmungen sind außerannehmbar und kaum vertretbar. Es geht nicht mehr an, die Landwirtschaft im dritten Wirtschaftsjahr nach dem Kriege, wo alle

anderen Verhältnisse schon lange vorher frei gehalten und wollen können, noch bezüglich einer Zusage zu stellen.

Das sich die Reichsregierung eine ausreichende Menge ausländischer Protogretreder geliefert, sorgte sie vor allem dafür, daß für das einflussreichere Futtergetreide eine Regulierung der Preise erfolge, die die Gefahr des Verfalls der ausländischen Protogretreder ausschließt, wenn ihr Preis zu empfindlich sinken würde. Inwieweit dies in bezug auf das Protogretreide die Zwangsbefreiung aufgehoben werden soll. Man sollte internationaler Verständigung oder drohender blockade werden natürlich die deutschen Landwirte auch noch ein Jahr ihre Schuldigkeit tun. Ist das aber nicht der Fall, so ist kein Grund einzusehen, warum nicht endlich der Landwirt auch auf seinem Grund und Boden gehalten und arbeiten kann, so wie er will und es früher im Frieden tun durfte.

Poincaré gegen Lloyd George

Raymond Poincaré schreibt in der "Revue des deux mondes": Der Londoner Konferenz habe leider in der Öffnung eines Werts noch die feigenen (Poincarés) erfüllt. Die neuen Opfer, die Frankreich gebracht habe, seien nur bei genauem Studium der Dokumente erkennbar. Der Gebante sei positiv, daß bei diesem neuen Vorschlag nicht nur der hohe Preis Deutschlands gemindert habe, sondern daß der finanziell wichtige Währungsbestand auch bei einigen Millionen auf den Werten zu Wagnisschüssen an Deutschland verloren sei. Es sei unbestreitbar, daß die Bedürfnisse des Obersten Rates Anlaß zu ausgedehnten Operationen abgeben würden, bei denen man Frankreich nicht nur ein erstes Opfer geben werde, sondern daß der finanzielle Währungsbestand auch bei einigen Millionen auf den Werten zu Wagnisschüssen an Deutschland verloren sei. Es sei unbestreitbar, daß die Bedürfnisse des Obersten Rates Anlaß zu ausgedehnten Operationen abgeben würden, bei denen man Frankreich nicht nur ein erstes Opfer geben werde, sondern daß der finanzielle Währungsbestand auch bei einigen Millionen auf den Werten zu Wagnisschüssen an Deutschland verloren sei.

Die finanzielle Lage der Reichseisenbahnen

Anteil wird mitgeteilt: In einer Uebersicht über die Reichseisenbahnen im Rechnungsjahr 1920 findet sich eine Bemerkung (vgl. "Deutsche Wtg. Nr. 220), die in Zusammenhang mit der Reichseisenbahnen seien eine wichtige hinter diese Verhältnisse zu berücksichtigen. Die finanzielle Lage der Eisenbahnen sei hierdurch um so ernstlicher betroffen worden, als auch die Ausgaben den Vorausschau des Jahres 1920 bedeutend übersteigerten hätten. Diese Angaben sind unzutreffend. Nach dem vorläufigen Ergebnisse der Reichseisenbahnen sind in diesem Jahre, als auch die Einnahmen für die Reichseisenbahnen, als auch die Ausgaben den Vorausschau des Jahres 1920 bedeutend übersteigerten hätten. Diese Angaben sind unzutreffend. Nach dem vorläufigen Ergebnisse der Reichseisenbahnen sind in diesem Jahre, als auch die Einnahmen für die Reichseisenbahnen, als auch die Ausgaben den Vorausschau des Jahres 1920 bedeutend übersteigerten hätten.

Fehde

„Was soll das?“ fragte Anne streng. „Diese Version allein verum die ein Weib aus dem Volk, und du, der du doch sonst nicht mit einem abfälligen Urteil bei der Hand bist, kennst nicht den geringsten Anstoß daran zu nehmen.“

„Sie hat sich freilich nicht benommen wie ein Weib, aber wie ein tapferer Mann.“

„Und es sollte nicht viel, so häßlich du uns hier stehen lassen und damit mit ihr gegangen. Noch mir nur nichts vor! Ich hab es deinem Gesicht an. Uebrigens ist der Unterdruck, den du zwischen Weib und Mann machst, nicht sehr schmeichelhaft für uns.“

„Ich verstehe das“, warf Emmy ein. „Es kommt da eben ganz verschiedene Qualitäten ins Spiel. Nicht jedes Weib ist ein Mensch im besten Sinne, und nicht jeder Mensch besitzt die Zartheit der Empfindung und Zurückhaltung, die speziell weibliche Eigenschaften sind.“

„Ja, du meine Feinde!“ sagte Siewert, den Arm seiner Braut in den Armen ziehend. „Du hast den Nagel an den Kopf getroffen, wie immer.“

„Anne hing sich an seinen anderen Arm und tanzte neben ihm her. „Ich bin froh, daß wir wieder einmal mit heller Haut davonkommen sind. Wahrscheinlich, noch gerade daß man das Leben am Wasser hat und sonst sich nach der Stadt.“

„Soll!“ meinte er gutlaunig. „Das wäre das Neueste.“

„Wir haben noch mehr Neuzeitungen für dich“, pläzte sie lachend heraus. „Bei uns ist nämlich Besuch, den wollen wir dir, wenn alles gut ging, als Überraschung aufstehen. Und, und nun ist ja alles gut gegangen, und da kann ich nicht länger damit hinter dem Berge halten.“

„Über ist das?“

„Hilfer Tennert — mein Brautigam.“

„Er hob die Mädchen betroffen von sich. „Wit tu toll. Anne?“

Mordnacht in Nicolai

Die polnischen Mitglieder des Stabes der Reichswehrangehörigen treten an den Kapitän Katowitz heranzutreten mit dem Entschluß, die Stadt Katowitz den Polen zu übergeben. Der Kapitän wies sie ab. Die polnischen Mitglieder des Stabes der Reichswehrangehörigen treten an den Kapitän Katowitz heranzutreten mit dem Entschluß, die Stadt Katowitz den Polen zu übergeben. Der Kapitän wies sie ab.

Der Zusammenbruch der Unabhängigen in Bayern

München, 17. Mai.

Die bayerischen Unabhängigen hielten am Pfingsten in München ihren zweiten Parteitag ab. Der Reichstagsabgeordnete H. K. Müller war in seinem Geschäftsbereich auf die Zeit gekommen, daß die Unabhängigen durch die Spaltung fast genau die Hälfte ihrer Mitglieder verloren habe.

Reichstagsotter-Veranlagung

Bei einer am 13. Mai im Reichstagsministerium am Reichstagsotter-Veranlagung...

1. Nach einem neueren Gesetz des Reichstagsotter-Veranlagung...

Ein Reichstagsotter-Veranlagung...

S. Heber die technische Richtung des einflussreichen Generals...

Die Vernehmung von Holz

Die Untersuchung gegen Holz ist in den letzten Tagen mit aller Energie fortgesetzt worden. Unter den vielen Zeugen, die benannt worden, befindet sich auch der jetzige Bürgermeister von Hattenstein...

Das unzulässige Aufreten eines ungerichteten Landtags

Tringt die nachfolgende Anfrage des bayerischen Abgeordneten...

Der Landtag Hungen, Eisenmunde...

Der Landtag Hungen, Eisenmunde, traf in der Nacht vom 7. auf den 8. April d. J. in seinem Dienstsitz in Hungen ein und verhandelte von dem Hungen...

Notstandsarbeiten im Bergbauergewerbe

Nach Verhandlungen, die zwischen einer Vertretung des Tarifrates der deutschen Bergarbeiter und dem Reichsanzeiger für Arbeitsvermittlung stattfanden...

Stierhart hat auch über das Meer hinweg nach Schmalenlinde...

Stierhart hat auch über das Meer hinweg nach Schmalenlinde...

Er machte sich jetzt heftige Bemühungen...

Er machte sich jetzt heftige Bemühungen, die er junge Frau...

Wichtig kam es ihm am Bewußtsein...

Wichtig kam es ihm am Bewußtsein, daß er fast eine halbe Stunde ruhelos hier getandelt und noch fern...

Das alles sprach seinen Gefühlen...

Das alles sprach seinen Gefühlen von Weiblichkeit, Hohn, ja, es war direkt brutal gewesen...

(Geschlossen folgt)

beruht. Der Maschinenbau, der allein infolge der höheren Aus-
rüstungskosten den Jahresumsatz um 10 bis 15% gesteigert hat,
ist der wichtigste Industriezweig...

Am letzten Feiertag nach folgende Börsennotierungen: Der
Devisenmarkt des abgelaufenen Jahres stellte sich auf
4.861 000 (8 706 000) RM. hinzu...

Neue Boden-Aufschließung in Berlin. Nach dem Neuen-
Friedrichs-Bezirk des Reichslands für das Geschäftsjahr 1920 hat sich
die Nachfrage nach Grundstücken, welche bereits im Jahre
1919 an demselben Grundstück erworben wurden...

Berliner Börsenberichte

Börsennotierungen. Berlin, 17. Mai. Nebenbei den
etwas lebhafteren Umsätzen des Börsentages und in den
am Einheitskurs abgesetzten Indefinitivitäten und da seitens
des Publikums immer etwas größere Verkaufslustige bestanden...

Devisen-Notierungen. Berlin, 17. Mai. Der Markt hier für
heute noch etwas stiller. Die Gekaufte ist im allge-
meinen etwas fester geworden. Für ausländische Währungen
ist in besserer Qualität bestanden...

Berliner Produktenmarktpreise

Table with 3 columns: Product name, Price per 100 kg, Price per 50 kg. Includes items like Speiseerbsen, Vektorerbsen, Futtererbsen, Kleine, Linsen, Finken, Weizen, Roggen, etc.

Leipziger Notierungen

Table with 3 columns: Bank/Company Name, Price, Description. Includes Chemnitz Bank, Leipzig Hypothek-Bank, etc.

Berliner Metallnotierungen

Table with 3 columns: Metal Name, Price, Description. Includes Raffina-Kupfer, Orig.-Hütten-Alumin., etc.

Berliner Börse vom 17. Mai 1921.

Main market index table with multiple columns: Section (Festverzinsl. Wertpapiere, Staatsanleihen, Pfandbriefe, etc.), Name, Price, Change. Includes various bonds, stocks, and interest rates.

Vertical text on the right edge, partially cut off, containing names and possibly prices.